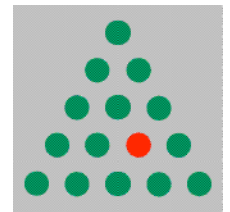


Alser Straße 21, A-1080 Wien  
Tel. (0043/1) 40 113  
Fax (0043/1) 40 113/50  
[office@umweltdachverband.at](mailto:office@umweltdachverband.at)  
[www.umweltdachverband.at](http://www.umweltdachverband.at)



**Umwelt**  
Dachverband

---

Gegründet 1973 als Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz (ÖGNU)

Bundeskanzleramt Österreich  
Ballhausplatz 2  
1014 Wien

Wien, am 13. April 2007

## **Stellungnahme zum Klimagipfel am 16. April 2007**

Der Umweltdachverband nimmt die Möglichkeit einer schriftlichen Stellungnahme zum Klimagipfel gerne wahr, um von der österreichischen Bundesregierung endlich eine wirksame und verbindliche Klimaschutzstrategie einzufordern.

In seinem Klimabericht 2007 warnte der UN-Klimabeirat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) vor einer beispiellosen weltweiten Klimaerwärmung um bis zu 6,4 Grad Celsius. Es ist nicht die einzige wissenschaftliche Studie, die eine derart drastische Entwicklung zeichnet. Damit verbundene Folgen wie der Anstieg des Meeresspiegels, massiver Verlust von Lebensraum für Pflanzen, Tiere und Menschen, Trinkwasserknappheit, Wetterextremereignisse wie Flutkatastrophen und Dürreperioden fordern ein rasches globales Umdenken – vor allem im Energiebereich. Laut dem aktuellen Weltklimabericht drohen zudem durch den Klimawandel und die einhergehenden häufiger werdenden Naturkatastrophen enorm hohe Kosten. In diesem Jahrhundert müssten laut ExpertInnenmeinungen global gesehen jährlich ein bis vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Schäden aufgebracht werden. Für Österreich würde dies rein rechnerisch Ausgaben von bis zu zehn Milliarden Euro pro Jahr bedeuten.

Die EU will handeln und bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energie von derzeit sechs auf 20 Prozent erhöhen. Die Treibhausgasemissionen sollen im selben Zeitraum um 20 Prozent reduziert werden.

Österreich ist auf Bundesebene vom Umwelt-Musterland zu einem Schlusslicht in der EU-Klimapolitik abgesunken. Das Kyoto-Ziel<sup>1</sup> für 2012 wird ohne den teuren Zukauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten klar verfehlt werden. Durch den massiven Anstieg der Emissionen in den vergangenen Jahren (plus 18 Prozent seit 1990!) beträgt die tatsächliche Reduktionsverpflichtung mittlerweile 31 Prozent.

---

<sup>1</sup> Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben sich 1997 in Kyoto zu einer Reduktion der Treibhausgase um 8 Prozent verpflichtet. Da in den Mitgliedstaaten zum Teil sehr unterschiedliche Voraussetzungen für die Reduktion von Emissionen bestehen, wurde das Reduktionsziel der EU durch die Schlussfolgerungen des Rates vom Juni 1998 auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt (so genanntes "burden sharing agreement"). Das Reduktionsziel Österreichs wurde dabei mit minus 13 Prozent des Schadstoffausstoßes gegenüber dem Jahr 1990 festgelegt. Österreich hat sich zum Kyoto-Protokoll und seinen Maßnahmen bekannt und das Kyoto-Protokoll – ebenso wie die gesamte EU im März 2002 ratifiziert.

Zuletzt kürzte die EU-Kommission die im nationalen Vergabeplan vorgesehenen österreichischen Emissionsrechte. Laut Umweltkommissar Stavros Dimas reiche der vorgeschlagene Plan zusammen mit der Klimastrategie nicht aus, um das Erreichen des nationalen Kyoto-Ziels sicherzustellen. Die Verschmutzungsrechte der heimische Energiewirtschaft und Industrie wurden um 6,4 Prozent auf 30,7 Mio. Tonnen reduziert.

Die Treibhausgasemissionen stiegen in Österreich besonders im Verkehrssektor, bei der Energieaufbringung und im Industriebereich stark an. Die enorme Erhöhung der Emissionen beim Sektor Verkehr (plus 91,6 Prozent) kann nicht nur auf den preisbedingten Kraftstoffexport zurückgeführt werden. Im Energiesektor gab es gegenüber 1990 einen Zuwachs von 13,7 Mio. Tonnen um rund 16 Prozent. Die Emissionen der Industrie sind zwischen 1990 und 2005 von 22,3 Mio. Tonnen um 2,4 Mio. Tonnen (plus 10,9 Prozent) angestiegen (vgl. Abb. 1). (Anm.: In der Klimastrategie 2002 liegen die Emissionen aus dem Industriesektor im Jahr 2010 um 4,4 Prozent unter dem Wert von 1990.) Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren die Kohlenstoffdioxidemissionen aus der Eisen- und Stahlerzeugung und der Energieverbrauch der anderen Industriezweige. Insgesamt emittierten Energiewirtschaft und Industrie im Jahr 2005 rund 40,6 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>E.

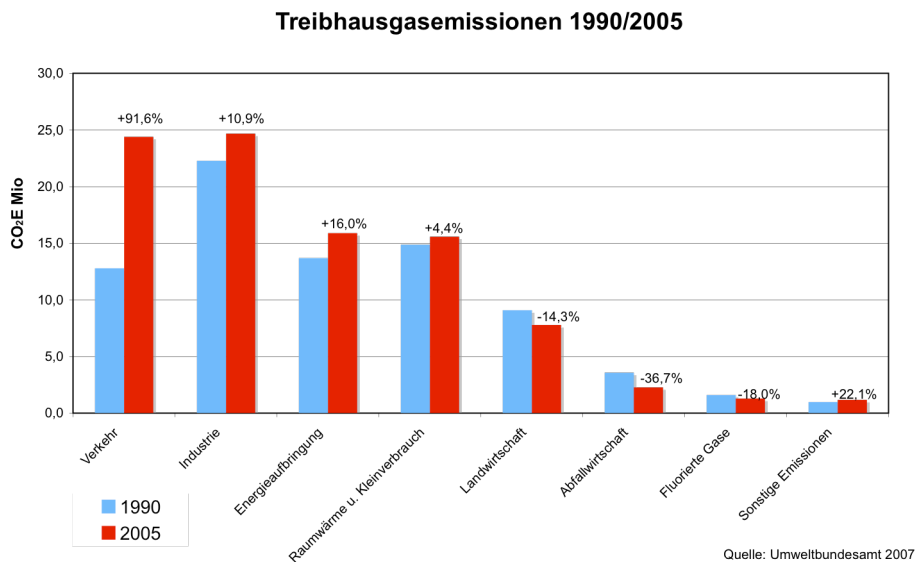


Abb. 1: Treibhausgasemissionen in Österreich 1990 und 2005 im Vergleich

In der Klimapolitik braucht es jetzt dringend Mut, Präzisierung, Entschiedenheit und politischen Willen, um effiziente und mögliche Maßnahmen auch wirklich umzusetzen. Damit der Klimagipfel am 16. April nicht nur zu einer reinen PR-Veranstaltung der Bundesregierung wird, muss sie in Sachen Klimaschutz endlich **einen legislativen und finanziell verbindlichen Rahmen** schaffen, damit es nicht weiterhin bei einer fragwürdigen Ankündigungspolitik bleibt.

Beim Klimaschutz sind alle politischen Ebenen zu koordinieren, um gemeinsam die nötigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu schaffen. In der von der Bundesregierung am 21. März 2007 beschlossenen österreichischen Klimastrategie 2007 wurden zwar elementare Herausforderungen für die Zukunft aufgelistet – es fehlen jedoch konkrete rechtliche und zeitliche Vorgaben sowie ein Finanzierungsplan für die angeführten Maßnahmen – somit werden auch die veranschlagten CO<sub>2</sub>-Einsparungsraten an Treibhausgasen in den jeweiligen Sektoren fraglich bis unseriös. Deshalb ist ein **bindender Zeitplan mit jährlich überprüfbaren Etappenzielen** zu erstellen, der durch die gewonnenen Evaluierungsergebnisse möglicherweise nötige Maßnahmenadaptierungen sichtbar macht.

Der Umweldachverband hat gemeinsam mit BirdLife Österreich, dem Verband Österreichischer Höhlenforscher, Umwelt Management Austria, dem Forum Österreichischer Wissenschaftler für Umweltschutz, IG Passivhaus und IG Windkraft in seiner Stellungnahme zum Entwurf der

Klimastrategie 2007 die wesentlichen Problembereiche und Herausforderungen aufgezeigt (vgl. [http://www.umweltdachverband.at/service/publikationen/STN\\_Klimastrategie07\\_UWD.pdf](http://www.umweltdachverband.at/service/publikationen/STN_Klimastrategie07_UWD.pdf)).

Wirksame Maßnahmen, die Treibhausgas-Bilanz wieder auf den rechten Weg führen, brauchen in allen Wirtschaftsbereichen und -sektoren strukturelle Änderungen, neue Technologien, mehr Effizienz und ein prinzipielles Umdenken beim Energieeinsatz. Im Rahmen der Klimastrategie ist daher neben Information und Aufklärung über die Ursachen und Folgen des Klimawandels unbedingt auch die Kommunikation möglicher Maßnahmen für ProduzentInnen und KonsumentInnen erforderlich. Nur so kann das Bewusstsein und die Eigenverantwortlichkeit der BürgerInnen gestärkt werden.

**Der Umweltdachverband fordert daher:**

## **Energiezukunft JETZT– Energiepolitik ist Klimapolitik!**

- Der Umweltdachverband fordert die **Ausarbeitung einer österreichischen Energiestrategie** mit dem langfristigen Ziel, dass Österreich bis 2030 bei Wärme- und Stromerzeugung völlig unabhängig von fossilen Energieträgern wird.
- Schaffung eines umfassenden **Energieeffizienz- und erneuerbare Energien-Gesetzes (EEEG)** – anstelle des reformbedürftigen Ökostrom-Gesetzes – das erneuerbare Energie fördert, fossile Brennstoffe jedoch deutlich besteuert und Energieeffizienz in allen Bereichen vorschreibt gemeinsam mit einer **Energiesparoffensive**, die **20 Prozent weniger Energieverbrauch bis 2020** zum Ziel haben.
- **Forschungs- und Förderungsoffensive für Solarwärme und Photovoltaikanlagen.** Österreich hinkt bei der Photovoltaik in der internationalen Entwicklung hinterher. 2006 wurden in Österreich 25 MW Strom erzeugt und 1.000 Menschen in diesem Bereich beschäftigt – das zukunftssträchtige Energiesystem wird in Österreich als „teuerste“ Energieform abgetan, obwohl hier Wachstum und Beschäftigung weltweit enorm steigen.
- **Effizienzsteigerung um 30 Prozent bei bestehenden Kraftwerksanlagen**, insbesondere bei der Wasserkraft. Energie ist zu wertvoll, um sie zu verschwenden – deshalb müssen die vorhandenen Potenziale genutzt werden. Ein erster Schritt wäre ein österreichweites Effizienzsteigerungs- und Modernisierungsprogramm für Steuerung und Turbinentechnik (wie z.B. in Oberösterreich bereits durchgeführt).
- Je nach Energieeffizienz **Vorrang für Energiequellen wie Sonne, Wind, Biogas und Biomasse** – unter der Prämisse einer umwelt- und naturverträglichen Nutzung!

## **Neuordnung der Ökostromförderung**

Laut Regierungsprogramm soll der Anteil der erneuerbaren Stromerzeugung bis 2010 auf 80 Prozent, bis 2020 sogar auf 85 Prozent gehoben werden. In der Praxis werden diese Zielsetzungen allerdings konterkariert: Die Ökostromförderung wird massiv eingeschränkt und fossile Kraftwerke werden stark subventioniert. Der Ökostromanteil sinkt kontinuierlich, momentan liegt er bereits unter 60 Prozent. Der Umweltdachverband fordert die **Schaffung eines Energieeffizienz- und erneuerbare Energien-Gesetzes (EEEG)** – anstelle des reformbedürftigen Ökostrom-Gesetzes. Einerseits soll – z.B. nach dem Vorbild des deutschen Erneuerbaren Energiegesetzes (EEG) – ein nachhaltiger Ökostromausbau vorangetrieben und gleichzeitig müssen bundesweit wirkungsvolle gesetzliche Maßnahmen gegen den steigenden Energieverbrauch geschaffen werden. Damit sollen die effiziente Nutzung energetischer Ressourcen und der Einsatz erneuerbarer Energieträger forciert werden, um den Energiebedarf

langfristig so zu senken, dass er zur Gänze aus erneuerbaren Energieträgern gedeckt werden kann. Der Verbrauch sollte bis 2010 stabilisiert und bis 2020 um 10 Prozent gesenkt werden. Als Etappenziel für 2010 muss der reale Ökostromanteil von heute 68 Prozent auf echte 80 Prozent angehoben werden.

*Anm.: Die in der Klimastrategie genannte Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie auf 80 Prozent bis 2010 wurde mit einer Fußnote derart relativiert, dass die 80 Prozent auf einen hypothetischen Wert des Stromverbrauchs von 56,1 TWh bezogen werden – die schon 1997 überschritten wurden.*

*Das Ziel lautet somit 44,9 TWh Strom aus Erneuerbarer Energie bis 2010 zu erreichen, das sind aber nur ca. 59 Prozent des vom WIFO für 2010 prognostizierten Stromverbrauchs (76,7 TWh) (vgl. Klimastrategie 2007, S. 9).*

*Auch die in der Klimastrategie vorgesehene Erhöhung der Ökostromproduktion auf 5,9 Mrd. kWh bis 2010 sind nicht besonders ambitioniert, da laut E-Control schon 2007 rund 5 Mrd. kWh Ökostrom produziert werden (vgl. Klimastrategie 2007, S. 66).*

## **Klimaschutz bei Verkehr und Innovation**

In der Klimastrategie 2007 finden sich keine wirkungsvollen Maßnahmen zur Eindämmung der Verkehrslawine. Angesichts der Steigerungsraten der Treibhausgasemissionen liegt beim Sektor Verkehr jedoch der dringlichste Handlungsbedarf vor – mit der marginalen Anhebung der Mineralölsteuer, mit Biotreibstoffen und Fußgängerinitiativen wird jedoch das enorme Ansteigen der Treibhausgasemissionen nicht einzudämmen sein. Der derzeitige österreichische Generalverkehrsplan ist überholt. Das neue Investitionsprogramm der Bundesregierung ist ein Armutszeugnis für Österreichs Klimapolitik, denn die geplanten neuen Autobahnen und Schnellstraßen werden noch mehr zusätzlichen LKW-Transit nach und durch Österreich bringen. Es muss einen klaren Vorrang für die öffentlichen Verkehrsmittel geben – eine rein rechnerische Bevorzugung der Schiene wegen teurer Prestigeprojekte (Koralmbahn) gegenüber der Straße ist zuwenig und inakzeptabel, vor allem auch deshalb, da wichtige Bahn-Projekte zurückgestellt oder gekürzt wurden. Generell fehlt es in Österreich an einem geeigneten Instrumentarium zur Steuerung des Verkehrs. Ein **integriertes, sektorübergreifendes Mobilitätskonzept** an Stelle des veralteten Generalverkehrsplans, das raumplanerische, ökologische, soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte gleichermaßen berücksichtigt, ist daher dringend notwendig!

### **Klare Umweltstandards bei den Verkehrsemissionen**

Der Umweltdachverband fordert von der Bundesregierung eine klimagerechte Neuausrichtung der gesamten Verkehrspolitik – dazu gehören u.a. konkrete wirksame und verbindliche Maßnahmen zur massiven und dauerhaften Reduktion der Emissionsbelastungen. Rechtliche Vorgaben wie die Begrenzung des Benzin-Dieserverbrauchs auf 5 Liter/100 km ab 2010 sowie beträchtliche sofortige Steuererhöhungen für treibstofffressende PKW sind ebenso klimawirksame Maßnahmen wie höchstzulässige CO<sub>2</sub>-Emissionen ab 2010 für Neu-PKW von 100 g/km und strenge Vorgaben zur Reduktion der LKW-Schadstoffe.

### **Kostenwahrheit im Güterverkehr**

Seit 1990 hat sich in Österreich der Ausstoß von Klimagasen (vor allem Kohlendioxid) durch LKW mehr als verdreifacht. Durch den Gütertransport auf der Straße werden 27 Mal mehr Treibhausgase pro Tonnenkilometer emittiert als durch den Transport auf der Schiene.

Der Umweltdachverband fordert daher seit langem eine Verlagerung des Gütertransports auf die Bahn. Das kann nur erreicht werden, wenn mehr Kostenwahrheit im Gütertransport herrscht. Eine *fahrleistungsabhängige LKW-Maut auf dem gesamten Straßennetz*, also neben Autobahnen auch auf Landes- und Gemeindestraßen, ist ein Beitrag dazu. Die Zweckbindung der Maut aus den Einnahmen für den öffentlichen Verkehr gebietet die Vernunft.

Die enormen Kosten, verursacht durch Infrastrukturerhaltung, Unfallfolgekosten, Schäden an Umwelt und Gesundheit, werden zurzeit nicht annähernd gedeckt. Der LKW-Verkehr in Österreich zahlt laut einer jüngst veröffentlichten Studie des VCÖ für die Straßenbenützung um mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr zuwenig. Der Umweltdachverband fordert daher mehr Kostenwahrheit – insbesondere für den Transitverkehr! Die AnrainerInnen leiden unter dem Lärm, Feinstaub und den Abgasen dieser LKW-Lawinen und Österreichs Klimaziele rücken wegen der Emissionen in weite Ferne.

Rund 45 Prozent der LKW-Kilometer werden auf dem niederrangigen Straßennetz abgewickelt. Neben einer Verlagerung auf die Schiene muss durch mehr Kostenwahrheit auch eine Verringerung von Leerfahrten erreicht werden. Der Umweltdachverband fordert ebenso wie das Transitforum Austria-Tirol ein *generelles Nachtfahrverbot für LKW in Verbindung mit sektoralen Fahrverboten* für bestimmte Güter wie Müll, Schrott, Altpapier etc. in Verbindung mit einem entsprechenden intensiven Kontrollprogramm des LKW-Güterverkehrs sowie die *Umsetzung des „Verkehrsprotokolls“ der Alpenkonvention*. Es ist skandalös Transit-Vielfahrern einen „Mautbonus“ zu gewähren. Auch bei der Dotierung des geplanten Klimaschutzfonds (500 Mio. € bis 2010) stellt sich im Vergleich zum 11 Milliarden schweren Infrastrukturpaket für Straße und Schiene die Frage der Glaubwürdigkeit. Der Umweltdachverband fordert eine Verdoppelung der Mittel für den Klimaschutzfonds sowie eine Umschichtung von Straßenausbau-Milliarden zu ÖV-Projekten.

### **Absoluter Vorrang für den öffentlichen Verkehr**

Der öffentliche Verkehr muss attraktiver, billiger und bequemer werden, damit für die Bevölkerung echte Anreize geschaffen werden auf den motorisierten Individualverkehr zu verzichten. Verteuerungen der Bahntarife, neue Schnellstraßen und Autobahnen sind keinesfalls der richtige Weg. Das Ziel, den Straßengüterverkehr auf die bei weitem nicht ausgelastete Schiene zu verlagern, verlangt glaubwürdige Schritte. Der Umweltdachverband fordert daher das kürzlich beschlossene Infrastrukturpaket aufzuschnüren und unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes neu zu verhandeln. Die zurückgestellten oder finanziell gekürzten Bahnprojekte (vor allem Ostbahn von Wien nach Bratislava, Ausbau der Summerauer- und der Pyhrnbahn, steirische Ostbahn von Graz über Fehring und Jennersdorf bis Szentgotthard, viergleisiger Ausbau der Westbahn, Linzer City S-Bahn, diverse Ausbaupläne im Nahverkehr wie Salzburg-Straßwalchen, Modernisierung der Bahnstrecke Graz-Bruck, Bahnausbau Oberwart-Szombathely usw.) müssen vorgezogen und neu dotiert werden.

### **Stadtmaut – Umweltzonen**

In den schwedischen Großstädten Stockholm, Malmö und Göteborg wurden *Umweltzonen* schon 1996 eingeführt. Beispiel Göteborg: alle Fahrzeuge, die schwerer als 3,5 Tonnen sind und mit der europäischen Abgasnorm „Euro 3“ oder schlechter ausgestattet sind, dürfen nicht älter als sechs Jahre sein, wenn sie durch die Innenstadt brausen wollen. „Euro 4“-Fahrzeuge dürfen nur noch bis 2016, und „Euro 5“-Fahrzeuge bis 2020 in der Innenstadt gefahren werden. Die Zone Göteborg umfasst bisher 15 Quadratkilometer der Innenstadt und wird im April 2007 um weitere 10 Quadratkilometer ausgeweitet.

Wer keine Plakette am Auto führt, darf künftig nicht in die Umweltzonen fahren. Ausgenommen von diesen Fahrverboten sind unter anderem Mofas und Motorräder, Arbeitsmaschinen, Kranken- und Arztwagen und Kraftfahrzeuge von Personen, die stark gehandikapt sind.

In Deutschland plant Stuttgart ab 1. Juli 2007 eine Umweltzone, Berlin wird voraussichtlich ab 2008 den Bereich innerhalb des S-Bahn-Rings zur Umweltzone erklären. Ähnliche Vorhaben gibt es im Ruhrgebiet, in Köln und in anderen mittelgroßen und großen Städten. Bereits jetzt existieren in vielen Städten auf einzelnen Strecken oder in ganzen Stadtteilen Durchfahrverbote für LKW.

## City-Maut

In Singapur und Hongkong ist die City-Maut schon lange Realität. Mitte der achtziger Jahre übernahmen skandinavische Städte wie Bergen und Oslo diese Strategie. Im Februar 2003 hat auch London eine Stadtmaut (die „London Congestion Charge“) eingeführt. An Werktagen zwischen 7.00 und 18.30 Uhr sind für die Einfahrt in die Londoner Innenstadt rund sieben Euro zu entrichten. An den Einfahrtsstraßen montierte Kameras erfassen die Nummernschilder der Fahrzeuge und gleichen sie mit einem Zentralrechner ab. Wer nicht bezahlt, erhält einen Strafzettel in Höhe von ca. 70 Euro.

Die Zahlen belegen, dass der Verkehr seit der Einführung der Maut abgenommen hat. Laut einer von der Unternehmensberatung Deloitte Consulting erstellten Studie sind heute im gebührenpflichtigen Zeitraum um rund 40 Prozent weniger Fahrzeuge unterwegs als zuvor. Der Verkehrsfluss in der Stadt hat sich um 37 Prozent beschleunigt.

## Nutzungsoptimierte Kfz-Steuer

Das innovative, moderne und technisch – mit Hilfe von GPS (Global Positioning Systems)-Boxen in jedem Fahrzeug – schon leicht realisierbare Konzept einer nutzungsoptimierten Kfz-Steuer für PKWs und LKWs wäre ein geeignetes und wirkungsvolles Instrument nicht nur für die Verkehrspolitik. Maßgeschneidert und somit der tatsächlichen Nutzung entsprechend, würde die Autobahn-Vignette ebenso hinfällig wie die LKW-Maut. Aspekte wie Geschwindigkeitskontrolle und leichte Ortung bei Unfällen oder Diebstählen erhöhen durch eine automatisierte Auswertung die Sicherheit. In Verbindung mit zeitgemäßen, neuen Verkehrsleitsystemen eröffnet das System auch ungeahnte Möglichkeiten der Steuerung des Verkehrs. Dass hierbei moderne Navigations- oder auch Parkraumbewirtschaftungssysteme integriert werden können, versteht sich von selbst.

## Klimaschutz bei Haushalten, Wohnen und Energieeffizienz

### Raumwärme und Kleinverbrauch

In Österreich gehen 17 Prozent aller Treibhausgasemissionen allein auf das Konto der Raumwärmeerzeugung. Der Bereich „Raumwärme“ ist zurzeit noch weit vom Kyoto-Ziel entfernt. Gegenüber den Werten von 2005 soll laut Klimastrategie bis 2010 nicht weniger als ein Viertel der Emissionen eingespart werden. Das ist nur durch eine groß angelegte Förderungsaktion der Regierung und mit *rechtlich verbindlichen bundesweiten Rahmenbedingungen und Zeitplänen* möglich. Neben einer klimaschutzgerechten Wohnbauförderung braucht es Mindeststandards bei den Bauordnungen der Bundesländer, Änderungen im Miet- und Eigentumsrecht sowie die Durchführung einer Gebäudesanierungsoffensive ab 2008.

Handlungsbedarf besteht auch bei der Heizung in den österreichischen Haushalten: derzeit gibt es laut Statistik Austria (letzter Datenstand 2004) in Österreich noch in 876.000 Haushalten Ölheizungen und 63.900 Haushalten Kohle-, Koks- und Brikettsheizungen, die das Klima mit Treibhausgasemissionen belasten. 254.000 Haushalte heizen mit elektrischem Strom. Heizen mit Strom ist ineffizient und Elektroheizungen sind weder wirtschaftlich noch umweltfreundlich. Nach Untersuchungen u.a. des österreichischen Umweltbundesamtes und verschiedener FachwissenschaftlerInnen, wird durch den Betrieb von Elektroheizungen sogar eine weit höhere Schadstoffbelastung (z. B. durch Kohlenstoffdioxid-Emission) verursacht, als durch Gas- und Ölheizungen. Der Umweltdachverband fordert daher folgende weitere konkrete Schritte einer glaubwürdigen Klimapolitik im Wohnbau mit der Einbeziehung von Bürohäusern, Industriehallen, Einkaufszentren und öffentlichen Einrichtungen wie Schulen etc. zu setzen:

- **Deutliche und rasche bundesweite Absenkung der Energiekennzahlen im Zusammenhang mit dem Gebäudeausweis und der Wohnbauförderung ab 2008** (wie z.B. in Vorarlberg), mit dem Ziel des Passivhausstandards für Neubauten sowie eine sofortige vollständige **thermische Sanierungsoffensive für Nachkriegswohnbauten**.

- **Strenge Energieeffizienzmindeststandards für Elektrogeräte und Heizungsanlagen ab 2008** – Millionen Heizungsanlagen und Elektrogeräte sind veraltet und müssen dringend durch moderne, energiesparende Wärmetechnik ersetzt werden.
- **Effiziente Warmwasseraufbereitung – Aktionsprogramm für solarthermische Anlagen ab 2008** – mit bis auf Ausnahmefälle verpflichtende thermische Solarnutzung zur Warmwassererzeugung im Neubau (wie z.B. in der steirischen Wohnbauförderung seit 2006)
- **Austauschoffensive plus Verbot von neuen fossilen Öl- und Kohleheizungen ab 2008 sowie groß angelegte Umtauschaktionen von Heizungsumwälzungspumpen**, die größtenteils weit mehr Strom verbrauchen als nötig, **Förderungsoffensive für Nah- und Fernwärmenetze.**
- **Energieeffizienzstandards und Kennzeichnung nach dem „Top-Runner Ansatz“**  
Die Besten sind der Maßstab – d. h. der Energieverbrauch von Elektrogeräten wird am zurzeit effizientesten Produkt (Top-Runner) gemessen.
- **Klimaanlagen nur mehr auf Basis von Fernkältenetzen ab 2010.**
- **Energiesparende Beleuchtung – Energiesparlampen als Standard ab 2010** (Anm.: herkömmliche Glühbirnen verschwenden 90 Prozent der eingesetzten Energie).
- **Abschalten statt Stand-by – Verbot von überflüssigen Stand-by Schaltungen ab 2010 bei Neugeräten.**
- **Verbessertes NutzerInnenverhalten bei Energieverbrauch und sonstigem Konsum durch Bewusstseinsbildung in Betrieben, Schulen und Medien – mehrjährige Informationskampagne – ab sofort.**
- **Verbesserte Aufklärung und Kennzeichnung der Herkunft und der klimarelevanten Emissionen bei Herstellung und Transport von Produkten – insbesondere Lebensmitteln ab 2008** (Stichwort „CO<sub>2</sub>-Pickerl“ und verstärkter Förderung von regionalen Produkten).

## **Klimaschutz bei Energiewirtschaft und Industrie – Ineffiziente Ressourcenallokation durch Überallokation**

Die Industrie und Energiewirtschaft sind laut Umweltbundesamt mit 45 Prozent aller Treibhausgasemissionen in Österreich die größten Verursacher klimaschädlicher Gase. Der Umweltdachverband kritisierte in seiner Stellungnahme zum Entwurf des Nationalen Allokationsplans für die Periode von 2008-2012 die ineffiziente Zuteilungspolitik von Emissionszertifikaten (vgl. [http://www.umweltdachverband.at/service/publikationen/STN\\_NAP2\\_Umweltdachverband.pdf](http://www.umweltdachverband.at/service/publikationen/STN_NAP2_Umweltdachverband.pdf)). Die österreichische Bundesregierung darf der Energiewirtschaft und Industrie punkto Klimaschutz keine Geschenke mehr machen. Die im Nationalen Allokationsplan veranschlagte Zertifikatsmenge von 32,8 Mio. p.a. erschien nicht einmal der EU-Kommission sonderlich effektiv, um in diesem Bereich durch den Emissionshandel wirksam Treibhausgase zu reduzieren. Die EU-Kommission verlangte daher die im österreichischen Vergabeplan vorgesehene Zertifikatsmenge um 6,4 Prozent auf 30,7 Mio. p.a. zu kürzen. Ebenso wurden die in der Regelung für die flexiblen Mechanismen von Österreich vorgeschlagenen 20 Prozent von der Europäischen Kommission auf 10 Prozent reduziert.

Der Umweltdachverband erachtet die vorgeschriebene Herabsetzung der Verschmutzungsrechte für ein wichtiges Signal der EU-Kommission, die Reduktion um rund 2 Mio. Tonnen ist aber sicher bei weitem nicht ausreichend, um wirkliche Anreize für effizientere Technologien in diesen Bereichen zu setzen.

Die betroffene Industrie – allen voran Verbundgesellschaft, voestalpine, OMV und RHI – schreibt zwar Rekordgewinne, will aber trotzdem nicht zur Kassa gebeten werden. Der Emissionshandel hat zu unerwarteten Gewinnen in Milliardenhöhe für die europäische Strombranche geführt. Den

Elektrizitätsunternehmen ist es gelungen, bis zu 50 Prozent ihrer (scheinbaren) Kosten für die neu benötigten Verschmutzungsrechte auf die Konsumenten abzuwälzen. Laut ExpertInneneinschätzungen sind den Versorgern diese Aufwendungen aber gar nicht oder nur in geringem Umfang entstanden.

## **Zukauf von Zertifikaten überdenken**

Ebenfalls kritisch hinterfragt wird von uns der geplante Zukauf von 9 Mio. Tonnen Emissionszertifikaten pro Jahr aus JI/CDM-Projekten aus dem Ausland. Es ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die genannten 9 Mio. Tonnen p.a. für die Periode 2008 bis 2012 nicht ausreichen werden, um Österreichs Kyoto-Defizit auszugleichen. Die Menge muss voraussichtlich kräftig erhöht werden, da zu beachten ist, dass das Kyoto-Ziel im Durchschnitt über die Periode 2008 bis 2012 und nicht erst mit Ende 2012 zu erreichen ist. Damit sind enorme Kosten – je nach Preis der Zertifikate – vorprogrammiert.

Fast alle JI- und CDM-Projekte generieren zwar Emissionsreduktionen, jedoch führen sie nicht notwendigerweise zu Technologietransfer und Nachhaltigkeitsimpulsen in non-Annex-I<sup>2</sup>-Ländern (vgl. Burian 2006). Der Umweltdachverband fordert daher die österreichische Bundesregierung zum wiederholten Male auf, die durch flexible Mechanismen gewonnenen *Emissionszertifikate auf strenge und standardisierte Labels zu beschränken* (z.B. Community Development Carbon Fund, Biocarbon Fund, Gold Standard, etc.), um den versprochenen Entwicklungsimpuls einzulösen.

Aus Sicht des Umweltdachverbandes ist davon auszugehen (wissenschaftliche Argumentationen, wie die Porter-Hypothese und Pfadunabhängigkeitsargumentationen untermauern dies), dass es effizienter und kontrollierbarer ist, im inländischen Verantwortungsbereich Treibhausgase zu reduzieren (vgl. Stellungnahme des Umweltdachverbandes zum Entwurf des Nationalen Allokationsplan für die Periode 2008–2012).

## **Klimaschutz für Umwelt, Landwirtschaft und regionale Wirtschaft**

Der Klimawandel bedroht weltweit die Biodiversität, die auch für unser Überleben essentiell ist. Das Artensterben durch die veränderten klimatischen Bedingungen bedroht nicht nur einzelne Pflanzen- und Tierarten (der IPCC-Bericht spricht von 30 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten, die bis zum Ende des Jahrhunderts völlig verschwinden könnten), sondern stellt eine Gefährdung des gesamten Ökosystems dar, das wir in seiner Vielfalt erhalten müssen, da hier in hochkomplexen Zusammenhängen jedes einzelne Element mindestens eine Funktion besitzt.

So ist beispielsweise unser Wald nicht nur eines der prägendsten Elemente der österreichischen Landschaft, er ist auch eines der komplexesten und artenreichsten terrestrischen Ökosysteme und spielt eine zentrale Rolle bei der Erhaltung der Biodiversität in Österreich. Im Hinblick auf die stattfindende Klimaänderung ist die Stabilisierung der Waldökosysteme sehr bedeutsam. In diesem Zusammenhang sind jedenfalls geeignete Adaptionstrategien zu entwickeln (vgl. Österreichisches Waldprogramm, Maßnahme 1.1.3).

Auch Fauna und Flora der (hoch)alpinen Regionen sind besonders vom Aussterben bedroht, da die Lebensräume zunehmend schrumpfen bzw. starkem Stress ausgesetzt sind.

Durch vermehrt auftretende Extremereignisse wie Muren, Hochwässer und Stürme wird die Bedrohung auch für die Menschen direkt spürbar.

Die Auswirkungen – vor allem auf den heimischen Wintertourismus – treffen ein bedeutendes wirtschaftliches Standbein. Innovative und adaptierte Tourismuskonzepte, die nachhaltig

---

<sup>2</sup> Zu den Annex-I-Ländern zählen Industrieländer und Transformationsländer. Alle Länder, die nicht zu den Annex-I-Ländern gehören, zählen zu den non-Annex-I-Ländern.

ökologische, ökonomische sowie soziokulturelle Bedingungen und Bedürfnisse integrieren, sind daher nicht nur anzudenken und zu entwickeln, sondern mit Nachdruck umzusetzen. Die Chance zu einem generellen Wandel des Lebensstils Richtung Nachhaltigkeit durch die breite und öffentliche Diskussion um den Klimawandel muss auch von staatlicher Seite gefördert werden.

### **Erneuerbare Energien**

Der Umweltdachverband fordert eine echte Förderung und den Vorrang der erneuerbaren Energien für Österreich. Die Schaffung eines umfassenden **Energieeffizienz- und erneuerbare Energien-Gesetzes (EEEG)** – anstelle des Ökostrom-Gesetzes – sowie die **Ausarbeitung einer österreichischen Energiestrategie** (s.o.) ist ehestmöglich in Angriff zu nehmen.

Da der Entwurf des österreichischen Biomasseaktionsplans leider nur ansatzweise und wenig fundierte Zahlen und eher vage und allgemein gehaltene Maßnahmen nennt – vgl. Stellungnahme des Umweltdachverbandes zum nationalen Biomasseaktionsplan ([http://www.umweltdachverband.at/service/publikationen/STN\\_Biomasseaktionsplan.pdf](http://www.umweltdachverband.at/service/publikationen/STN_Biomasseaktionsplan.pdf)) und seit September 2006 anscheinend ad acta gelegt wurde, fordert der Umweltdachverband eine umfassende Potenzialstudie, die zwischen theoretisch verfügbarem, wirtschaftlich nutzbarem sowie ökologisch und sozial verträglichem Potenzial unterscheidet sowie realistische Szenarien simuliert und abbildet, damit natürliche Nutzungsgrenzen und Konfliktpotenziale im Zusammenhang mit der *energetischen und stofflichen Biomassenutzung vorausschauend in ein ganzheitliches und sektorübergreifendes Konzept* integriert werden können. Energieeffizienz, Umwelt- und Klimawirksamkeit sind hierbei (inkl. externer Kosten) einzubeziehen, auch wenn nicht jede Wirkung monetär beziffert werden kann.

Der Umweltdachverband erwartet sich vom Klimagipfel einen Entschluss für eine **neue überarbeitete Klimastrategie**, die an eine **österreichische Energiestrategie** gekoppelt ist. In diesen müssen konkrete und wirkungsvolle Maßnahmen enthalten sein, denen unbedingt ein **bundesweiter rechtlich und zeitlich verbindlicher Rahmen mit einem präzisen Finanzierungsplan** zu Grunde liegt.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Gerhard Heilingbrunner  
Präsident



Mag. Franz Maier  
Geschäftsführer

\* \* \*

Der Umweltdachverband setzt sich gemeinsam mit seinen 34 Mitgliedsorganisationen aktiv für einen umfassenden Klimaschutz ein und arbeitet in den unterschiedlichsten Bereichen und Zielgruppen an konkreten Maßnahmen sowie bewusstseinsbildenden Projekten, um die Eigenverantwortlichkeit jeder und jedes Einzelnen zu fördern.